

„Stets auf vorsichtiges Agieren geachtet“

Im TA-Gespräch: Rainer Arnold, SPD-Verteidigungsexperte, zur Forderung nach Kampfeinsätzen der Bundeswehr

Afghanische Politiker fordern auch im Norden ihres Landes Kampfeinsätze gegen die Taliban. Ist die Bundeswehr überhaupt darauf eingestellt?

Es ist schon so, dass die Bundeswehr kämpfen muss. Sie kann sich das nicht aussuchen. Wir haben in Nordafghanistan in sechs Distrikten eine fragile Situation. Die Aufständischen zwingen dort den Kampf auf. Danach drängen muss sich die Bundeswehr allerdings nicht.

Da immer mehr US-Soldaten in den Norden verlegt werden, sieht es danach aus, dass die

Bundeswehr nicht in direkte Kämpfe einbezogen werden soll.

Die Bundeswehr leistet im Norden wichtige Beiträge, während sich die Amerikaner im ganzen Land massiv verstärken. Darüber will ich nicht klagen, sondern bin froh, dass die USA mit Entschlossenheit vorangehen.

Verteidigungsminister zu Guttenberg fordert neue Strukturen, um den Einsätzen in Krisengebieten besser gerecht zu werden. Ist dies die Vorbereitung auf Kriegseinsätze?

Auch die bisherigen Einsätze



Rainer Arnold (59), Mitglied im Verteidigungsausschuss, mahnt zu Vorsicht, sieht die Bundeswehr aber in der Lage für Kampfeinsätze.

waren gefährlich. Der Bundestag hat aber stets auf vorsichtiges Agieren geachtet. Trotzdem macht es Sinn, über Anpassungen der Strukturen an die heutige Lage zu reden. In den vergangenen vier Jahren hat Verteidigungsminister Jung nichts angefasst, obwohl längst Handlungsbedarf bestand. Eine Anpassung gebietet auch die schiefe Not, da zu Guttenberg klaglos die Streichung von 456 Millionen Euro in seinem Etat hingenommen hat.

Soll die Bundeswehr Krieg führen können wie die Amerikaner oder Briten?

Die Bundeswehr ist in der Lage, zu kämpfen von ihrer Ausbildung und Ausstattung her. Es drängt sich aber niemand nach solchen Aufgaben.

Wird es künftig höhere Opferzahlen geben?

Vor allem in Kundus musste damit gerechnet werden. Opfer lassen sich auch nicht mit neuen Strukturen vermeiden. Sollte zu Guttenberg jedoch von der vorsichtigen Vorgehensweise Deutschlands abrücken, wird die SPD Widerstand leisten.

Gespräch: Ingo Linsel